

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreise: Durch unsere Boten
jed. im Jahre monatlich 4.00 Mark;
bei der Post bestellbar vierteljährlich
11.00 Mark, monatlich 3.10 Mark.
Erscheint wöchentlich.

Verlagsdruck: Anstalt Nr. 53.
Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Aue. / Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000.

Abbestellungspreis: Die Abbestellungs-
preise über den Raum für An-
zeigen aus Aue und dem Um-
kreis umgeben 1.10 Mark, auswärts
1.30 Mark. Bei größeren
Anzeigen entsprechend höher.
Abbestellungspreis für 1921
bis über vereinbart.

Nr. 284

Mittwoch, den 7. Dezember 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Die Meldung, die Kredithilfe der Industrie sei als gescheitert anzusehen, wird als vollkommen falsch bezeichnet. Die Tatsache, daß die Verhandlungen Dr. Rathenaus in London weitergehen, wird als günstiges Zeichen betrachtet.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat tritt am heutigen Mittwoch zu einer Plenarsitzung zusammen.

In Weidzig trat der erste Reichs-Betriebsratkongress der Reichsarbeiter zusammen.

In Berliner sowjetrussischen Kreisen wird die Ankunft von Vertretern der Petersburger Staatsbank erwartet, die mit deutschen Banken in Fühlung treten wollen.

Die Debenburger Generalkommission teilte der ungarischen Regierung in einer Note mit, daß die Befreiung Westungarns am 3. Dezember beendet wurde.

Was geht in der Fraktion der Deutschen Volkspartei vor?

Unter dieser Überschrift wird von Dr. R. v. B. von besonderer Seite geschrieben: Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich innerhalb der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Auseinandersetzungen vorbereiten, die entscheidend sein können für die von der Fraktion zu betreibende Politik. Politisch Gesinnte erkennen die ersten Anzeichen dieser kommenden Auseinandersetzungen bereits in Stuttgart, wo Stresemann sich in seiner Rede am Festabend mit einer bemerkenswerten Schärfe

gegen eine gewisse Interessensmischung wandte. Diese Äußerungen Stresemanns bestätigen namentlich auch dem Fernerstehenden, daß gewisse Kreise innerhalb der Fraktion der Deutschen Volkspartei bemüht sind, der Politik Stresemanns auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Es ist in jenen Kreisen sogar der Gedanke erwogen worden, zur Durchführung dieser Pläne Stresemann zu veranlassen, den Vorsitz in der Fraktion niederzulassen und sich auf den Vorsitz der Partei zu beschränken. Man hat in Verbindung hiermit den Namen des früheren hessischen Finanzministers Dr. Beder genannt, und in jenen Kreisen erwogen, ihm den Fraktionsvorsitz anzubieten. Wer den Fraktionsvorsitz hat, hat aber nicht nur die Ämter zur Befehdung in der Hand, sondern kann stets die Politik der Fraktion entscheidend beeinflussen. So, wie wir die Verhältnisse beurteilen,

denkt heute Stresemann gar nicht daran, sich auf diese Weise beiseite zu lassen.

Hat er doch auch in Stuttgart mit außerordentlicher Schärfe betont, daß er sich nie von gewissen Kreisen taktisch einfangen lassen werde, und daß er den Forderungen eines Parteiführers nicht so betrachte, um nur hinter einer beliebigen Mehrheit herzutrotzeln, sondern eine vorhandene Mehrheit im Sinne seiner von ihm vertretenen Politik zu beeinflussen. Wenn es nach den Wünschen jener Kreise ginge, soll Stresemann sich darauf beschränken, in der Öffentlichkeit vollständige Reden zu halten, hinter denen jene Drahtzieher dann bequem ihre Politik machen können. Sinnes hat mit dieser Gruppe, die unlängst, nicht ohne Humor, das Rätseln der lieben Kuturden aus dem Kreise Wesezems genannt wurde, ebensowenig etwas zu tun, wie Krupp. Sinnes hat vielmehr wiederholt versichert, daß er durchaus für die große Koalition zu haben sei und sich durchaus nicht auf die Pläne jener Gruppe, die aus der Vergangenheit nichts gelernt zu haben scheint, festlegen lassen werde. Die

Schwerindustriellen treiben eine viel interfraktionelle Politik. Hugenberg, der früher über Krupp das Gebier schwang, ist bei den Deutschnationalen, Voegler, der Generaldirektor von Deutsch-Luxemburg, vertritt die Schwerindustriellen in der Deutschen Volkspartei. Herr von Siemens verbleibt, auf Wunsch (?) der beiden vorgenannten Herren, unter den Demokraten und Generaldirektor von Hombel vertritt die Schwerindustrie im Zentrum!

Auch in ähnlichen Kreisen sind diese Dinge nicht unbekannt und die Kritik des Dresdner Rechtsanwalts Dr. Kaiser auf dem Stuttgarter Parteitag gegen eine gewisse

Unschlüssigkeit in den vorkonventionellen Fraktionspolitik richtete sich gegen die Beeinflussungsversuche jener Kreise. Den Kontakt zu den kommenden Auseinander-

setzungen, die hoffentlich zu einer Reinigung führen werden, bildet die Tatsache, daß am 12. Dezember Abg. Stresemann in Dresden sprechen wird, um sich auch mit der Dresdener Opposition in diesem Sinne auseinanderzusetzen. Daß nicht nur die Mehrheit der Fraktion, sondern auch die Parteinstellen ziemlich geschlossen hinter Stresemann und seiner Politik stehen, hat der Verlauf des Stuttgarter Parteitages bewiesen.

Die Arbeiten des Reichstags.

Der Reichstag wird sich kommende Woche nur noch zu einigen wenigen Sitzungen vor Weihnachten versammeln, um die dringlichsten Vorlagen, die für die Vollversammlung inzwischen fertiggestellt sind, zu verabschieden. Dazu gehört das neue Umsatzsteuergesetz, das bereits am 1. Januar in Kraft treten soll und den Steuerausgleich passiert hat, sowie das neue Ortsklassenverzeichnis, das so viel Aufregung in der Beamenschaft verursacht hat und nun endlich mit rückwirkender Kraft vom 1. April des laufenden Jahres ab endgültig unter Dach gebracht werden dürfte, nachdem der Beamtenauschuß des Reichstags zahllose Sitzungen zu seiner Nachprüfung und Durchberatung abgehalten hat. Erwähnenswert wird wohl auch der demokratische Antrag auf Einführung eines Gedenktages für die Opfer des Weltkrieges am 1. Januar-Sonntag noch rechtzeitig Annahme durch den Reichstag und die Reichsregierung finden. Ebenso dürfte die eilige Interpellation der Demokraten über Reichshilfe für die Gemeinden noch zur Verhandlung kommen. Dagegen wird in der wichtigsten und dringlichsten Frage der Verabschiedung der neuen Reichssteuer kaum etwas zustande kommen, wenn es nicht gelingt, bis zum Zusammentritt des Reichstages oder gleich in den ersten Tagen danach eine breite Steuerreformfront zu bilden. Der Beratung dieser Frage war die Besprechung gewidmet, die am Dienstag in der Reichskanzlei zwischen den Parteiführern der Demokraten, Sozialdemokraten, des Zentrums und dem Reichskanzler stattfand. Zu irgendwelchen festen Vereinbarungen oder gar Beschlüssen ist es dabei aber noch nicht gekommen. Im übrigen wurde von allen Teilnehmern der Besprechung strengste Vertraulichkeit gewünscht und zugesagt. Die Meldung einiger Berliner Abendblätter, daß besonders die auswärtige Lage und die Fragen des Moratoriums und der Zahlung der am 15. Januar fälligen Räte eingehend besprochen worden seien, ist unzutreffend.

Die Besteuerung des Vermögenszuwachses der Nachkriegszeit

Beschäftigte gestern den Vermögensauschuß des Reichstages. Das Gesetz will den Vermögenszuwachs vom 30. Juli 1919 bis dahin 1921 erfassen. Die Schwierigkeiten liegen einmal in der Feststellung zum 30. Juli 21. also für einen rückliegenden Zeitpunkt, für den die meisten Steuerzahler Aufzeichnungen nicht haben werden, und in der Veränderung des Geldwertes in diesem Zeitraum. Die demokratischen Vertreter sprachen sich deshalb und weil am 30. Juni und 31. Dezember 22 das allgemeine Vermögenssteuergesetz eingeführt werden soll, grundsätzlich dagegen aus. Das Gesetz wurde jedoch von einer Mehrheit, zu der Sozialdemokratie und Zentrum gehörten, angenommen. Die Einzelheiten des Gesetzes erfuhren wenig Veränderungen, an dem Tarif wurde nichts geändert. Die Bewertungsgrundlage erfuhren einen weitergehenden Einriß durch einen Zentrumsantrag, nach dem bei der Bewertung die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Geldwertveränderung berücksichtigt werden sollen. Mit diesem Antrag sind die Grundlagen einer sicheren Bewertung ebenso erschüttert wie beim Vermögenssteuergesetz. Die allgemeine Auffassung ging dahin, daß das Gesetz auch in der abgeänderten Form keinen Ertrag bringen werde und daß die Kosten der Veranlagung zum Ertrag in keinem rechten Verhältnis stehen. Man ging dann zur Beratung des Umsatzsteuergesetzes über. Nach den Darlegungen des Berichterstatters Abg. Breitsfeld (Unabh.) über die Beratungen im Reichswirtschaftsrat äußerte Abg. Hergt (Deutschn.) große Bedenken gegen die Vorlage, ohne sich aber direkt ablehnend zu verhalten. Abg. Hugo (D. Sp.) stellte sich auf den Boden der Vorlage, da unter den gegenwärtigen Umständen an eine andere Steuerform nicht zu denken sei. Abg. Kretsch (Dem.) äußerte schwere Bedenken nicht des Warenverkehrs an sich wegen, sondern gegen die jetzige Form. Die Steuer sei außerordentlich hoch, zahllose Existenzen würden ausgefressen, die Konzentration großer Betriebe gefördert, die Belastung der Konsumenten ungleichmäßig. Die Regierung sollte dem Gedanken einer vereinfachten Umsatzsteuer, wie sie von Glau-

men vertreten sei, ernstlich nachgeben, die letzte Umsatzsteuer sei in normalen Zeiten unhaltbar. Von der Besteuerung des ersten Umsatzes nach der Einfuhr drohe die Vertreibung des Handels nach dem Auslande, wenn nicht die vorgesehene Freilisten weithergezogen ausgebeutet werden. Die Umsatzsteuer sei ein Pfeilschlag, der befestigt werden müsse. Auch die Besteuerung der Gaststätten werde für das Reich keinen Erfolg bringen, man könnte sie höchstens für die Gemeinden vorbehalten. Die Sozialisten erklärten, daß sie höchstens einer Besteuerung bis zu 2 Prozent zustimmen könnten und sich auch hierzu ihre Stellungnahme noch bis zur Gesamtregelung der Steuern vorbehalten müßten. Die Fortsetzung der Beratung wurde auf morgen vertagt.

Eine Einigung in der irischen Frage?

Die schwierigen Verhandlungen zwischen der englischen Regierung, dem Premierminister von Ulster und den Sinnfeinerdelegierten, die in den letzten Wochen stattgefunden haben, sollen nach einer Neutermeldung zu einem Abkommen geführt haben. Die Sinnfeiner hatten sich immer wieder geweigert, den König von England als Oberhaupt anzuerkennen. Sie sind auch bei dieser Weigerung geblieben und wollen nunmehr wenigstens neben ihrem eigenen Parlament dem Britischen Reich den Treueid leisten. Auf der anderen Seite hatten die Unionisten in Ulster jegliche Vereinbarung mit den Sinnfeinern über die Wirtschaftseinheit Irlands abgelehnt. Wenn jetzt Reuter ein Abkommen meldet, so scheint dies vorläufig nur mit den Sinnfeinern getroffen zu sein; denn von Zugeständnissen Ulsters war bisher noch keine Rede. Ohne diese Zugeständnisse könnte aber die irische Frage nicht geregelt werden. Für Lloyd George wird es jetzt darauf ankommen, den englischen Unionisten in ihrer Forderung nach protektionistischer Wirtschaftspolitik entgegenzukommen, damit sie auf ihre Parteifreunde in Ulster mäßigend einwirken. Wenn das alles gelingt, so könnte die irische Angelegenheit als endgültig geregelt angesehen werden und Lloyd George wäre dann in der Lage, noch nach Washington zu gehen und die persönlichen Erfolge dort einzuharfen, von denen er träumt.

Abfertigung eines rheinischen Landesverrätters.

Die Antwort eines ausländischen Engländer. Dem früheren englischen Abgeordneten Joseph King, von dem die Abfertigung gemeint ist, er gehöre dem Unterhaus noch an, ist folgendes Schreiben aus Köln zugegangen, dessen englischen Text wir hier wortgetreu überleihen:

Köln, 10. November 1921.
Rheinische Republikanische Volkspartei.
Generalsekretariat: Köln, Ludwigstraße 28.
Sehr geehrter Herr! Die unterzeichnete politische Partei erlaubt sich, Ihnen eine Einladung zu ihrer Konferenz zu senden, die am 4. Dezember im Dreikaiserjahr, in der Köln-Strasse in Bonn stattfinden wird. Die Rheinische Republikanische Volkspartei arbeitet für die Neutralisierung des Rheinlandes im Interesse des allgemeinen Friedens, wobei sie der Gebante leitet, daß, wenn die Dinge bleiben wie sie sind, es höchst schwierig sein wird in der Zukunft weitere Konflikte zwischen Frankreich und Deutschland zu vermeiden. Es scheint uns im Ausland nicht allgemein bekannt zu sein, daß das rheinische Volk nach Ursprung, Sprache, Religion und Charakter von seinen süßlichen Nachbarn ganz verschieden ist.
Obwohl keine Ansicht gefragt zu werden, wurde es 1815 durch den Wiener Kongress dem Königreich Preußen einverleibt. Durch eine Politik der Unterdrückung ist es Preußen gelungen, allmählich beträchtliche Teile der Bevölkerung zu assimilieren, was aber nicht ohne Widerstand geschah. Wir erinnern an die Zustände von 1830 (!) und den Streit gegen Bonapartes Aufstandskampf. Der große Krieg hat diese alten Traditionen wieder belebt, und diese Bewegung wächst von Tag zu Tag. Die Sprache der meisten Völker und Führer der alten Parteien suchen den Fortschritt dieser Renaissance zu verheimlichen. Wir halten es daher für das beste Mittel, um ausfindig zu machen, wie es hier wirklich steht, unserer genannten Konferenz einen Besuch abzustatten, und es würde uns sehr freuen, Sie auf ihr zu sehen.

Hochachtungsvoll
Die Rheinische Republikanische Volkspartei
Joh. Smeets, Präsident.
Herausgeber des Blattes Rheinische Republik.

Der geladene Engländer antwortete auf dieses Schreiben: Sandhouse bei Cobalming, England, 15. Nov.
Sehr geehrter Herr! Ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 10. November. Ich fühle mich geehrt durch die Einladung zu der Konferenz in Bonn am 4. Dez. Ich verfolge die Ereignisse in Deutschland, seine Denkmäler und Politik sehr genau; ich lese täglich eine deutsche Zeitung und habe Deutschland in letzter Zeit verschiedentlich besucht. Die Behauptungen Ihres Briefes haben mich daher besonders interessiert. Ich bin schon vor einiger Zeit zu dem Schluß gekommen, daß eine separate rheinische Republik nicht möglich, und wenn möglich, nicht wünschenswert wäre. Ich glaube, daß das rheinische Volk